

30 Jahre ABiD - Für Selbstbestimmung und Würde

Vor 30 Jahren, genau gesagt am 13.04.1990, trafen sich mehr als vierhundert Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen im (Ost)Berliner Pionierpalast und gründeten den „Behindertenverband der DDR“. Das fand seinerzeit große publizistische Beachtung. Die kurz zuvor gewählte Volkskammerpräsidentin, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, de facto Staatsoberhaupt der DDR, übernahm spontan die Schirmherrschaft. Diese hatte sie ein Vierteljahrhundert lang inne.

Für einen kurzen Zeitraum nahmen beachtliche Teile der Bevölkerung wahr, daß die Lösung existenzieller Probleme von Menschen mit Behinderungen - z.B. umfassender Barrierefreiheit - viele Probleme Anderer gleich mitlöst. Und es gab keine Zweifel, daß Betroffene als Experten in eigener Sache nicht nur egoistische Ziele verfolgen sondern durchaus auch die Interessen weiterer Bevölkerungskreise ernsthaft wahrnehmen könnten. So war es keineswegs Zufall, daß schon drei Wochen später bei den Kommunalwahlen vielerorts Mitglieder dieses neu gegründeten Verbandes als Volksvertreter gekürt wurden.

Nach dem Volkskammerbeschluss, am 3. Oktober 1990 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beizutreten, beschlossen wir, unsere Erfahrungen und unser Engagement als Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland (ABiD) einzubringen. Gleichzeitig fügten wir unserem Namen den programmatischen Zusatz „Für Selbstbestimmung und Würde“ hinzu. So wurde der ABiD Teil der emanzipatorischen Behindertenbewegung in Deutschland und Europa.

Der ABiD war und ist behinderungsübergreifend und weltanschaulich neutral. Er agiert sowohl als Selbsthilfeorganisation vor Ort als auch als Selbstvertreterorganisation im politischen Raum. Nicht die spezifischen Bedürfnisse einzelner Behinderungsarten sondern die übergreifenden Gemeinsamkeiten stehen im Mittelpunkt seiner Aktivitäten: Alle brauchen umfassende Barrierefreiheit, alle wollen selbstbestimmt wohnen, alle wollen selbstbestimmt teilhaben. Dazu gehört die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Dazu gehört, die individuellen Fähigkeiten gewürdigt zu erleben, nicht die Defizite. Der ABiD beteiligte sich am Ringen um die Grundgesetz-Ergänzung, daß niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden dürfe (1994). Das SGB IX (2001) und das Behindertengleichstellungsgesetz (2002) bewerteten wir als ambivalent. Leider bestätigte sich, daß sie die hohen Erwartungen nicht erfüllen. Mit großem Engagement beteiligte sich der ABiD an der Bewegung, die sich für die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention einsetzte. Als sie im März 2009 endlich innerstaatlich geltendes Recht wurde, war uns das ein Feiertag. Inzwischen wissen wir, daß die Umsetzung ins praktische Alltagsleben mehr als zögerlich verläuft. Dennoch nutzt der ABiD diese Menschenrechts-Konvention unbeirrt als handlungsleitenden Kompass für seine Selbstvertreter-Arbeit.

Mit diesen Grundaussagen - für Selbstbestimmung und Würde jeder und jedes Einzelnen und den Geboten der Behindertenrechtskonvention - ist der ABiD seit anderthalb Jahrzehnten auch international aktiv. Insbesondere im postsowjetischen Raum schätzt man unsere Expertise hoch ein. In knapp einem Dutzend Konferenzen tauschten wir Erfahrungen über die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention aus. Darin flossen auch unsere Erfahrungen aus der Mitgliedschaft im Europäischen Behindertenforum (EDF) ein.

Zweimal führte der ABiD bereits das Sekretariat des Deutschen Behindertenrates (DBR). Dieses Aktionsbündnis praktisch aller Behindertenorganisationen ist der Ort des internen Erfahrungsaustauschs und der Organisation gemeinsamer Aktionen über alle Verbandsegoismen hinweg.

In einem zweijährigen Projekt erforschten wir das „AltWerden mit Behinderungen“. Die Ergebnisse erschreckten uns. Sie zeigen, daß vielerorts elementare Voraussetzungen für selbstbestimmtes Leben fehlen. Diese Erfahrung veranlaßte uns, das ABiD-Institut Behinderung & Partizipation (IB&P) zu gründen. Es soll unsere Selbstvertreterfunktion wissenschaftlich untermauern helfen. Inzwischen beginnt es, sich in der Partizipationsforschungs-Landschaft zu etablieren.

In den drei Jahrzehnten mußten wir konstatieren, daß die Interessen und realen Bedarfe von Menschen mit Beeinträchtigungen in der breiten öffentlichen Aufmerksamkeit immer weiter zurückgedrängt wurden. So bleiben Menschen mit Behinderungen (und unsere Angehörigen) - zusammen immerhin rund ein Viertel der Bevölkerung - eine marginalisierte „Randgruppe“.

Um das zu ändern, braucht es den ABiD nach wie vor.

Marcus Graubner, ABiD-Vorsitzender Dr. Ilja Seifert ABiD-Ehrenvorsitzender